



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Umwelt, Energie und  
Sauberkeit -

## Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 1. November 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-10-0024

### **Dieselfahrverbot vermeiden**

**- Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.10.2017 -**

Begründung:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden gehört zu denjenigen Städten, die in die Klage-verfahren der Deutschen Umwelthilfe (DUH) wegen zu hoher Stickoxid-Werte einbezogen sind. Die Klage der DUH richtet sich nicht direkt an die Landeshauptstadt Wiesbaden, sondern an das Land Hessen, das der Landeshauptstadt Wiesbaden Vorgaben machen muss, mit welchen Maßnahmen die notwendige Absenkung der Stickoxid-Werte erreicht werden soll. Ein höchstrichterliches Urteil (Bundesverwaltungsgericht) in den Musterprozessen gegen die Städte Düsseldorf und Essen ist für den Spätherbst zu erwarten. Es ist davon auszugehen, dass das Bundesverwaltungsgericht Dieselfahrverbote als zulässig erklären und für den Verzicht auf solche Fahrverbote andere sehr konkrete und wirksame Maßnahmen als Voraussetzung fordern wird.

Antrag:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit wolle beschließen:

1. den Oberbürgermeister zu beauftragen, mit der hessischen Landesregierung Gespräche zur Vermeidung eines absoluten Dieselfahrverbotes kurzfristig aufzunehmen.

Ziel der Gespräche muss es sein, die Landesregierung davon zu überzeugen, dass mit dem Projekt „Emissionsfreier ÖPNV Wiesbaden 2022“ der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH und dabei insbesondere mit dem Bau der CityBahn, eine ganz wesentliche Absenkung der Stickoxidwerte erreicht wird. Erhöht werden könnte diese Wirkung durch eine Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung, ihre Dienstfahrzeuge ebenfalls bis 2022 auf E-Betrieb umzustellen, und durch die Anweisung an alle städtischen Gesellschaften, ebenfalls eine solche Umstellung bis 2022 zu vollziehen.

---

### **Beschluss Nr. 0121**

Die Beratung des Antrages wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 05.12.2017 verschoben.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2017

Maritzen  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2017

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .11.2017

Dezernat I  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister